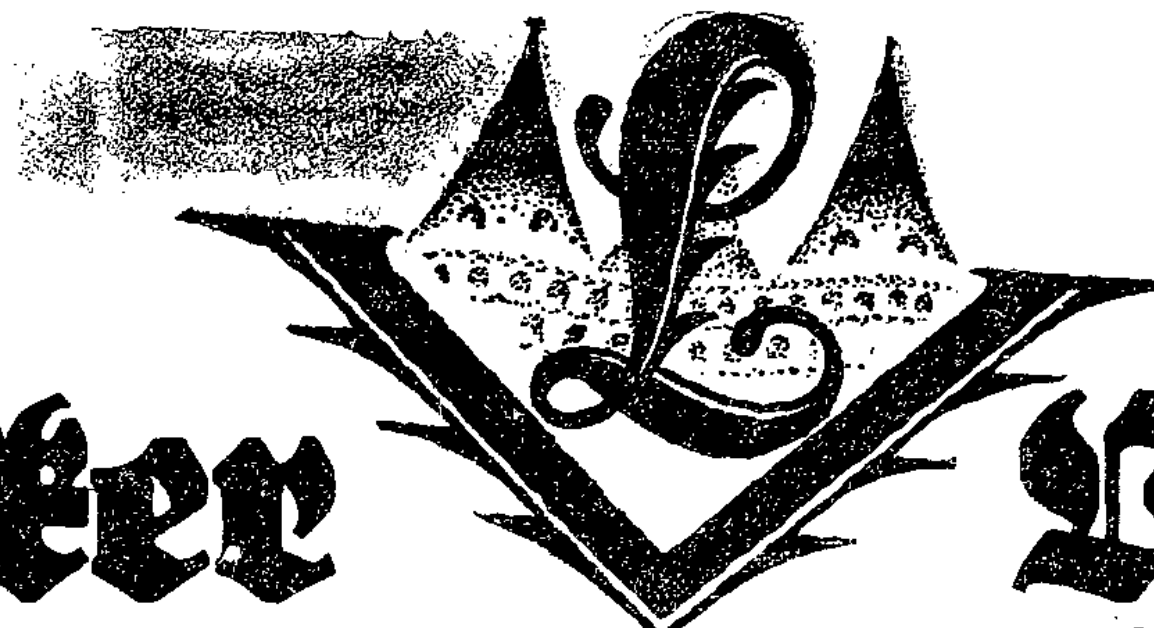


Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Jahreshälfte 4000.— M. Einzelverkaufspr. 300 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 800.— Mark, auswärtige 1000.— Mark, für Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 600 M., für Reklamen 3200.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker

Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 143.

Freitag, 22. Juni 1923.

30. Jahrgang.

Der wertbeständige Lohn.

Dr. L. Lübeck, den 22. Juni.

Der deutsche Geldmarkt hat in den letzten Tagen furchtbare Erschütterung erlebt. Eine Preisrevolution ohne Gleichen war die Folge; Preissteigerungen, und, was noch schlimmer ist, Preisunsicherheit! Dieser völlige anarchische Zustand muß über die deutsche Wirtschaft, und damit über das gesamte deutsche Reich über kurz oder lang ein katastrophales Verhängnis hereinbrechen lassen. Und das Verhängnis ist im Anzuge. Darüber täusche man sich nicht.

Ueber die Ursachen dieser ungeheuerlichen Erschütterungen, die größtenteils außenpolitisch sind, geht noch zu grübeln hat wenig Zweck. Wir wissen, daß Geldagenten der französischen und auch der polnischen Regierung ungeheure Marktbestände verschleudern, um den Wert des deutschen Geldes zu drücken und auszuhöheln. Aber daran ist für uns im Augenblick nichts zu ändern.

Eine andere Ueberlegung ist viel wichtiger. Aus welchen Gründen treiben Frankreich und Polen diese Katastrophentaktik, die ja erfahrungsgemäß auch das französische und polnische Geld schädigt?

Man betrachte die soziale und politische Rückwirkung des gewaltigen Marktkrises und die Antwort ergibt sich von selbst. Alle Lebensmittel und ebenso alle anderen Bedarfsartikel steigen ungeheuerlich, von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde. Nur der Preis für die Arbeit, die Löhne und Gehälter, bleiben zurück.

Der Großhändler und ebenso der Einzelhändler, jeder Geschäftsmann, sie alle haben die Möglichkeit, den Preis ihrer Produkte ohne viel Umwege und ohne irgend eine Schwierigkeit der Geldbewertung anzupassen. Sie rechnen nur noch mit dem Dollar.

Ganz anders die Arbeitnehmer! Wenn die Teuerung eingeleitet hat, müssen sie auf dem Umwege über Organisationen und Verhandlungen mühsam einen Ausgleich erkämpfen. Dabei hat alle bisherige Erfahrung gezeigt, daß alle Lohnnachforderungen der schnellflüchtigen eifenden Teuerungswelle nur mühsam und in stets größerer Entfernung nachhinken.

Dieser Zustand ist heute schon absolut unhaltbar geworden. Die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung, ebenso wie die der Beamten und Angestellten, hat sich grauenhaft verschlechtert. Der Familienvater steht jeden Tag aufs neue vor dem Nichts. Kleider, Schuhe, Schuhe sind für ihn einfach unerschwinglich geworden. Denn selbst wenn er das Unmögliche fertig bräute, von seinem Verhungerlohn noch einige Tausend Mark für Bekleidung zurückzulegen! Was hätte der dann? Nach kurzer Zeit ist dieses Geld auf die Hälfte oder noch weniger seines Wertes gesunken. Und er steht wieder vor dem Nichts!

Ein solcher Zustand hat naturgemäß die schwersten sozialen Erschütterungen zur Folge. Und eine höchst verhängnisvolle Zerrüttung aller politischen Grundlagen der deutschen Republik muß damit Hand in Hand gehen. Und das ist es, was die Franzosen mit ihrer Finanzpolitik erstreben! Damit der deutsche Widerstand an der Ruhr im Wirbel der politischen Zerrüttung Deutschlands erstickt.

Selbstverständlich machen wir diese Ausführungen im Interesse der Beamten, Arbeiter, Angestellten, die ja allmählich ein geradezu menschenunwürdiges Dasein zu führen gezwungen sind. Aber wir weisen absichtlich auch auf die außenpolitische Seite der Verhältnisse hin; um auch jenen Kreisen den Ernst der Lage zu schildern, die bisher vom Marktzersplitter nur profitiert haben.

Zusammenfassend ist folgendes zu sagen: Die Industrie, der Handel, selbst das Reich und die Länder suchen in ihrer Berechnung allmählich den schwankenden Boden der Papiermark zu verlassen. Anleihen und Steuern werden da und dort schon wertbeständig ausgeführt. Und in aller nächster Zukunft wird diese Bewegung noch viel stärker und allgemeiner werden.

Nur von einem wertbeständigen Lohn hört man nichts! Und doch ist dieser wertbeständige Lohn eine unbedingte Notwendigkeit.

Zeit. Ein Schritt, der absolut gemacht werden muß, soll Deutschland sozial und politisch nicht endgültig zusammendrehen.

Ein Jahr mag es her sein, seitdem der Schreiber dieses Aufsatzes in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei und danach auch im „Volksboten“ eine Reihe von Forderungen aufgestellt hat, zur Erhaltung der deutschen Volkskraft und zur Ordnung der deutschen Verhältnisse. Ueber den wertbeständigen Lohn wurde dabei kein Wort gesagt. Aus guten Gründen! Die Gewerkschaften waren nämlich bis vor kurzer Zeit absolute Gegner einer solchen Entlohnungsart. Danach richtete sich auch, schweren Herzens, die Partei. Jetzt haben die Gewerkschaften eingesehen, daß auf dem bisherigen Weg die Verelendung grenzenlos werden muß, und haben deshalb ihre Ansicht geändert.

Uns scheint, daß die Gewerkschaften bisher in einem gewissen Irrtum waren. Sie glaubten wahrscheinlich, die Einführung des wertbeständigen Lohnes würde die Gewerkschaften aus der Lohnbewegung ausschalten. Das Gegenteil wird eintreten. Die Gewerkschaften werden ihrer eigentlichen Aufgabe wieder zugeführt: Der Hebung des Reallohnes; der Vergrößerung des Lohnanteils am Gesamtprodukt.

Welche Maßnahmen sind erforderlich, um den wertbeständigen Lohn zu erreichen?

Zu irgend einem Zeitpunkt wird ein günstiger Tariflohn als Grundlohn proklamiert. Dieser Grundlohn unterliegt der freien Vereinbarung zwischen den Organisationen und gilt für eine bestimmte Frist.

Zu diesem Grundlohn treten automatisch, ohne Verhandlungen, die Indizes bei. Am besten wird wöchentlich durch das Statistische Amt der neue Teuerungsindeks festgestellt und veröffentlicht, und eben diese gestiegene Teuerung muß sofort im gleichen Maße durch Zuschläge zum Grundlohn ausgeglichen werden.

Nach Ablauf des Tarifs kann dann die Organisation ihre Forderungen in Prozentzahlen des Grundlohnes ausdrücken. Lohnbewegungen betätigen dadurch wieder ihren eigentlichen Sinn: Erhöhung der Lebenshaltung des Proletariats. Statt wie bisher, wo am Ende der Verhandlung oder des Streiks alles Erreichte längst überholt ist.

Eine Bedingung muß allerdings an diese Forderung geknüpft werden. Die Indizes des Statistischen Amtes müssen sich von ihrem bisherigen Hungerniveau lösen, und einen Index für die Bedürfnisse eines Menschen auch mit einigen kulturellen Bedürfnissen einstellen.

Die technische Durchführung dieses neuen Lohnverfahrens wäre verhältnismäßig einfach. Selbstverständlich müßte es durch Reichsgesetz geregelt werden. Daß es zunächst einige Schwierigkeiten für die Wirtschaft mit sich bringen wird, verkennen wir keineswegs. Aber diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Denn einen anderen Ausweg aus der Not des deutschen Proletariats und der drohenden sozialen und politischen Katastrophe gibt es nicht.

Gern wird die jetzige Reichsregierung in den für ihre wirtschaftspolitische Einstellung lauren Apfel nicht heißen. Aber sie wird müssen. Denn Deutschland braucht in der Not der Gegenwart die Unterstützung der Gewerkschaften mehr als je. Und diese Gewerkschaften haben bisher für das Reich Opfer ohne Gleichen gebracht. Hoffentlich werden sie nun ihre letzte Kraft aufbieten, um diese unsere neue grundsätzliche Forderung durchzuführen. Denn es geht um die Existenz des gesamten arbeitenden Volkes. Und hoffentlich wird auch die Reichstagsfraktion in dieser Frage etwas mehr Aktivität aufbringen als gewöhnlich!

Der wertbeständige Lohn allein genügt allerdings noch nicht. Wertbeständige Sparsamkeit, die wir vor einem Jahr schon gefordert haben, muß als Ergänzung Hand in Hand gehen. Wir werden die ganze Frage gelegentlich nochmals in aller Ausführlichkeit behandeln.

Das Brotversorgungsgesetz.

Berlin, 21. Juni.

Der Reichstag hat am Mittwoch das Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr verabschiedet. Dieses Gesetz war die zwangsläufige Folge des Beschlusses der bürgerlichen Parteien im April dieses Jahres auf Aufhebung der Getreideumlage. Die Sozialdemokratie hat damals gegen diesen Antrag gestimmt. In dieser Haltung wird auch durch ihre jetzige Zustimmung zu dem neuen Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung nichts geändert. Für die freie Wirtschaft mit Getreide ist im Reichstag eine sichere Mehrheit vorhanden. Jetzt handelte es sich aber überhaupt nur darum, die durch die Aufhebung der öffentlichen Brotversorgung und das Steigen der Brotpreise in schwere Bedrängnis geratenden Volksteile vor den Gefahren dieser freien Wirtschaft zu schützen. Auch die bürgerlichen Parteien konnten sich dieser Pflicht nicht entziehen. Sie waren gebunden durch die öffentliche Meinung, die einen solchen Schutz verlangt und durch die Entschliebung, die sie selbst seinerzeit angenommen hatten. In dieser Entschliebung war erklärt worden, daß eine Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Kriegsoffer, Kleinrentner, Erwerbslosen, Armengeldempfänger und der Kinderreichen zu rechnen ist, unter Deutung der erforderlichen Mittel durch Belastung des Vermögens im weitesten Umfang zu bewirken sei. Der Ausführung dieses Beschlusses und der wirtschaftlichen Sicherung der Brotversorgung geht deshalb der Gesetzentwurf.

Ursprünglich war beabsichtigt, die Brotversorgung durch die Aufbringung einer Reserve bis zu 3½ Millionen Tonnen zu sichern. Davon sollten mindestens 1½ Millionen Tonnen Inlandsgetreide zu freien Marktpreisen angekauft werden. Gegen diese Regelung hatte die Sozialdemokratie von Anfang an große Bedenken. Da die freie Wirtschaft grundsätzlich beibehalten war, bedeutete die von der Regierung beabsichtigte Schaffung einer sehr großen Reserve 1. die Aufhebung eines gewaltigen Mittels auf das Reich, 2. die Belastung des Reiches mit den sehr hohen Verwaltungskosten und 3. die Gefahr starker Steigerung der Getreidepreise durch den Kauf großer Mengen von der Regierung. Die Sozialdemokratie verlangte deshalb die Erwerbung einer Reserve bis zu einer Million Tonnen ausländischen Getreides, da diese Menge wohl ausreicht, um zeitliche und örtliche Notstände in der Brotversorgung und den Versuch der Preistreiber zu bekämpfen. Es wurde beschlossen, daß das Reich zur Sicherstellung der Versorgung eine Million Tonnen Brotgetreide zu erwerben hat. Zwar ist damit nicht gesetzlich festgelegt, daß die Reserve nur aus Auslandsgetreide zu bestehen hat, doch dürfte das wahrscheinlich geschehen, weil das Inlandsgetreide zur Versorgung nicht ausreicht und naturgemäß jede Regierung ein Interesse daran hat, unberechtigte Preissteigerungen auf dem Inlandsmarkt zu vermeiden. Ebenso darf angenommen werden, daß jede Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen sein wird, den Versuch der spekulativen Preistreiber durch das Einsetzen der Reserve zu bekämpfen. Ferner ist bestimmt worden, daß die öffentliche Brotversorgung bis zum 15. September, part 15. August, fort dauert und daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats in der Lage ist, sie ganz oder teilweise bis zum 15. Oktober fortzusetzen. Damit ist, soweit das bei freier Wirtschaft überhaupt möglich ist, Sicherheit gegen das Entstehen von Gefahren für die Brotversorgung während der Uebergangszeit von der alten zur neuen Ernte gegeben. Die Kommunisten gebärdeten sich hierbei als freiwillige Regierungspartei. Ihre Anträge sahen zum allergrößten Teil die Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor, obwohl damit keine Verbesserung, sondern eine wesentliche Verschlechterung des Gesetzes verbunden gewesen wäre. Zu solcher Stellung kommt man halt immer, wenn man nur aus Unkenntnis und Agitationsbedürfnis handelt.

Der zweite Teil des Gesetzes regelt die Aufbringung der Mittel zur Verbilligung des Brotes für die Bedürftigen. Er enthält deshalb den wichtigsten Teil des Gesetzes. Hier hat es langer und hartnäckiger Auseinandersetzungen bedurft, um zu einem Ergebnis zu kommen, das den Forderungen der Sozialdemokratie so weit entspricht, daß sie ihm zustimmen konnte. Im vergangenen Jahr hatten wir zwar die Umlage. Aber da der Umlagepreis für Getreide in der zweiten Hälfte des Jahres dem freien Marktpreis entsprach, so war die Umlage keinerlei Belastung der Landwirtschaft. Dafür aber eine umso größere Belastung für die Reichskasse. Sie hat viele hundert Milliarden Mark für die Brotverbilligung hergeben müssen, die bei den jetzigen deutschen Steuerverhältnissen von denen aufgebracht wurden, die das Marktbrot zu einem billigeren Preise erhielten. Die angelegliche Verbilligung war also gar keine. Was dem Lohn- und Gehaltsempfänger durch billigeres Brot an Ausgaben erspart wurde, das wurde ihm durch die Inflationssteuer in vielfacher Höhe genommen. Einer der größten Vorzüge des neuen Gesetzes ist deshalb darin zu erblicken, daß Reichsmittel für Brotverbilligungszwecke künftig nicht mehr erforderlich werden. Alle Beträge, die für diesen Zweck beansprucht werden, müssen durch Belastung des Vermögens aufgebracht werden.

Zu dem Prinzip der Vermögensbelastung hatten sich die bürgerlichen Parteien bereits verpflichtet, wenn bei der Aufhebung der

Die Neuordnung des Devisenverkehrs.

II. Berlin, den 22. Juni. (D.N.Z.)

Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Banken, der Industrie und des Handels über die Neuordnung des Devisenverkehrs wurden gestern nachmittags drei Uhr fortgesetzt. Nach etwa dreistündiger zum Teil sehr lebhafter Besprechung konnte diese in größerem Kreise abgeschlossen werden. Beratungen im kleineren Kreise werden wohl weiterhin stattfinden. Die Ergebnisse der Beratungen liegen dem Reichskabinett in Form von Gutachten vor. Man nimmt an, daß das Reichskabinett sich in aller Kürze damit befassen und dementsprechende Verordnungen erlassen wird. Die einschneidendste Bestimmung wird die Einführung eines Einheitskurses für Devisen sein. Damit soll dem Vormittags- und Nachmittagsdevisenverkehr ein Ende gemacht werden. Die für den Augenblick als unerlässlich angesehenen Bestimmungen werden sofort auf dem Verordnungsweg getroffen werden. Mit weiteren Bestimmungen ist für die nächste Zeit zu rechnen.

Katastrophale Folgen des Aetna-Ausbruches.

II. Paris, 22. Juni.

Es scheint, daß der Ausbruch des Aetna seinen Höhepunkt erreicht hat. Menschenleben sind bis jetzt nicht zu beklagen. Die Zahl der Obdachlosen wird auf 60 000 angenommen. Seit Sonntag abend ergießen sich aus dem feuerpeinenden Gipfel 57 Lavaströme, die sich an seinem Fuße in einer Talniederung zu einer großen Lavamasse vereinigen, die sich dann in zwei weiteren großen Strömen fortsetzt und über die Felder und Wälder sich ergießt. Große Prozessionen bewegen sich durch die Gegend und erblicken den Schutz der Heiligen.

Dollar 137 000.

Zwang zur Verständigung!

Neuerdings veröffentlicht ein Teil der Pariser Zeitungen wieder Mitteilungen, die auf die Antwort der französischen Regierung an England Bezug nehmen. Das Auffallende an den Angaben ist, daß als Quelle nicht die mit den Pariser Regierungsstellen in enger Verbindung stehenden Blätter bezeichnet werden. Allgemein sind aber auch die Angaben so widerspruchsvoll, daß auch der Laie sie im wesentlichen als Kombinationen betrachten muß. Wenn trotzdem die deutsche Reichspressen über die Meldungen herfällt und sie erneut als Beweis dafür anprangert, daß Frankreich die Kapitulation will, dann beweist das nicht nur das Unvermögen, zwischen wahr und unwahr zu unterscheiden, sondern auch die böse Absicht, nicht unterscheiden zu wollen, sondern parteimäßig auch die geringste Neußerung aus Paris zur Steigerung der Siedehitze im Volk auszunutzen.

Gleichzeitig wird die Sozialdemokratie eines neuen Dolchstoßes bezichtigt, obwohl auch die Regierung sich jetzt bereit zeigt, mit Rücksicht auf die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse einen Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit abzuschließen. Zur Einleitung einer derartigen Verständigungspolitik ist der ehemalige Geandte Graf Harry Kessler nach London gereist. Er gewährte dort einem Vertreter der „Westminster Gazette“ eine Unterredung, in der als Voraussetzung für den Verzicht auf den passiven Widerstand gefordert wird, daß Frankreich seine Truppen unsichtbar macht und bald zurückzieht, die Eingriffe in die deutsche Industrie und in den Betrieb der Eisenbahn aufhört, eine vollständige Amnestie für alle Gefangenen zu gewähren ist sowie den Ausgewiesenen die Rückkehr in die Heimat gestattet werden muß. Dieses Programm, das wir glauben als Auffassung der Reichsregierung ansprechen zu können, deckt sich im wesentlichen mit unseren Ausführungen über eine Verständigung. Die Berücksichtigung der Reichspressen, daß wir die Ruhrfront erdolchen, trifft also in gleichem Maße die Reichsregierung.

Die Schreier von rechts, die in der Hauptsache das heutige Gend durch ihre Kurzsichtigkeit während des Krieges verächtlichen, mögen uns ruhig weiter des Dolchstoßes bezichtigen. Die Sozialdemokratie wird dennoch fortfahren, der Verständigung das Wort zu reden, ohne die die Welt den Frieden niemals erleben wird. Im gegenwärtigen Konflikt gehen wir dabei von zwei Gesichtspunkten aus. Ist es besser, jeden Vorschlag der französischen Regierung zur Lösung des Ruhrkonfliktes zu verwerfen, oder ist es angebracht, uns auf einer Basis mit Frankreich und England, die einigermaßen erträglich ist, zu einigen? Sowohl die Beantwortung der einen wie der anderen Frage ist im wesentlichen davon abhängig, ob wir in der Lage sind, mit Rücksicht auf unsere allgemeine katastrophale Wirtschaftslage den passiven Widerstand bis ins Unendliche fortsetzen zu können. Es gibt zweifellos Kreise — und dazu gehören insbesondere die weit vom Schuß in Berlin sitzenden Deutschnationalen —, die den passiven Widerstand immer noch für unerlässlich halten. Gewiß kann vorläufig an eine Kapitulation nicht gedacht werden, aber es bleibt Tatsache, und das läßt sich leicht nachweisen, daß die Ruhrfront langsam jermüht, insbesondere aber Deutschlands Wirtschaftslage immer mehr in den Abgrund sinkt und bei der weiteren Entwidlung der Verhältnisse in dem Maße, wie wir sie heute erleben, vollständig zusammenbricht. Welcher ehrliche Deutsche, dessen Politik nicht von Parteibedenken getragen wird, muß sich unter diesen Umständen nicht fragen, daß es nicht nur die Pflicht der Reichsregierung,

sondern auch des Reichstages ist, die deutsche Wirtschaft, insbesondere aber das Deutsche Reich zu erhalten. Eine derartige Möglichkeit aber besteht nur, wenn wir uns zu einer Verständigung auf Gegenseitigkeit bereit erklären. Halten wir den passiven Widerstand noch drei Monate mit dem Erfolg aus, daß der Dollar heute schon über 100 000 steht und die Not des Volkes sich allgemein vergrößert, dann ist Frankreich mit einer weniger katastrophalen Auswirkung in der Lage, noch vier Monate standzuhalten. Deutschland hat den Krieg verloren. Es steht auf der Welt allein, und es wird weiterhin allein stehen, wenn es auf den Gedanken verfällt, Restpolitik zu treiben, während Frankreich stark und mächtig aus dem Krieg hervorgegangen ist und heute trotz seiner Gewaltpolitik noch große Freundschaft in der Welt — eben seiner Stärke wegen, gewollt oder ungewollt — besitzt. In Anbetracht dieser Tatsachen kann die endgültige Katastrophe vermieden werden durch einen Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit, zu dem sich langsam auch Frankreich bereitzufinden scheint.

Die französisch-belgische Verständigung.

Paris, 21. Juni.

Der belgische Botschafter in Paris hat gestern drei Unterredungen am Quai d'Orsay gehabt, und es ist bestimmt anzunehmen, daß er heute abend wiederum eine Unterredung mit Poincaré haben wird. Es handelt sich hier offenbar um einen sehr ernstlichen Meinungsaustausch, der sich vielleicht weniger auf die Beantwortung des enalischen Fragebogens und über die Einstellung des passiven Widerstandes beziehen dürfte, als auf die Regelung des Wiederherstellungsproblems an sich. In gewissen politischen Kreisen in Paris hofft man bestimmt, daß bei den Verhandlungen, die der ehemalige Ministerpräsident Theunis führt, um ein neues Ministerium zu bilden, auch die Deutschland gegenüber zu besorgende Politik in der Zukunft eine große Rolle spielt, obwohl die belgische Presse davon nichts berichtet. Die Nachwirkungen der Ruhrbesetzung auf die wirtschaftliche Lage in Belgien sind derart, daß die Industrie und ein Teil der Finanzwelt von den führenden politischen Kreisen verlangt hat, daß man nicht blindlings in die Zukunft schreitet, sondern ein klares Programm entwickelt, durch das die belgischen Interessen gegenüber Frankreich gewahrt werden. Theunis muß sich also, da er mit Frankreich in das Ruhrgebiet einmarschiert ist, mit der französischen Regierung verständigen, da die Vertreter der belgischen Wirtschaft eine Liquidierung wünschen, und zwar eine sehr baldige Liquidierung.

Eine Erklärung Baldwin im Unterhaus.

M. London, 22. Juni.

Im Unterhaus erklärte heute in Beantwortung einiger Fragen Premierminister Baldwin, daß bisher von der französischen Regierung noch keine Antwort auf die letzte britische Note über die Reparationsfrage und die Ruhrbesetzung eingetroffen sei. Baldwin sagte ferner, die britische Regierung habe keine amtliche Bestätigung des Berichtes über die französischen Wünsche im Ruhrgebiet, die Einfuhr von Lebensmitteln zu verbieten.

willkürlich vorgenommen werden dürfe, sondern daß ein bestimmter Grundsatz, und zwar die durchschnittliche Lohnsteigerung, zum Maßstab genommen werden müsse. Da die Regierung diesen Weg im gegenwärtigen Augenblick als unannehmbar bezeichnete, beantragte die Sozialdemokratie,

1. daß die Erhöhung der Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer das 30fache,
2. bei der Körperschaftsteuer das 40fache betragen soll und sie beantragte
3. daß die Ermächtigung des Reichsfinanzministeriums, Erhöhungen der Vorauszahlungen vorzunehmen, auch für den nächsten Termin ab 15. August gelten soll und
4. daß bei der Körperschaftsteuer ebenso wie bei den einzelnen Steuerpflichtigen die bei jedem Termin geltenden Vorauszahlungen vermindert werden sowie die Gesellschaften vor dem 1. Juni 1922 ihre Bilanz abgeklärt haben.

Bei der Abstimmung wurden alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Beschlossen wurde, daß die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer auf das 25fache erhöht werden und daß der Reichsminister der Finanzen ermächtigt ist, für die am 15. November 1923 und am 15. Februar 1924 fälligen Vorauszahlungen eine andere Erhöhung zu bestimmen. Bei Abschließen vor dem 1. Juli 1922 ist die zu leistende Vorauszahlung zu verdreifachen. Die Erhöhung der Vorauszahlungen tritt nicht ein, sofern das Einkommen hauptsächlich aus Lohnarbeit, aus Steuerermäßigungen oder Erträgen jeft verzinsbarer Werte besteht. Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer werden auf das 35fache festgesetzt und bei Gesellschaften, die vor dem 30. September 1922 bilanzieren haben, soll als weitere Vorauszahlung das 100fache des Betrages entrichtet werden, den sie bis zum 1. Mai zu entrichten hatten.

Entspricht diese Regelung auch nicht voll den Erfordernissen, die die trostlose Finanzlage des Reiches stellt, so werden durch sie doch erneut die schweren Fehler des Geldwertungsengesetzes und die zu niedrige Bewertung anerkannt und es wird zugegeben, daß die Höhe der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer ebenfalls der Geldwertungsentsprechung während des Steuerjahres angepaßt werden muß. Langsam und unvollkommen zwar, aber doch unaufhaltsam sind die bürgerlichen Parteien gezwungen, den von der Sozialdemokratie für die Steuererhöhung immer vertretene Anschauungen Rechnung zu tragen.

Forderungen unserer Beamtenorganisationen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat nach Beratung der wirtschaftlichen Lage der Beamenschaft und deren Entwicklung folgende Forderungen:

1. Der seit Jahren vorhandene, in der letzten Zeit ganz besonders rapid vor sich gehende Geldwertungsanstieg und damit verbundene ungeheurer Preissteigerung ist das Beamtenverdienstverhältnis und quantitativ nicht genügend angepaßt worden und dadurch darunter in seinem Realwert gesunken. Dieser ist zurzeit auf einen derartigen Tiefstand angelangt, daß daraus nicht nur eine ernsthafte Gefahr für die Erhaltung des Beamtenstandes, sondern auch für das Staatswohl entsteht. Um die dringend notwendige Anhebung einer Hebung der Kaufkraft des Beamtenverdienstes herbeiführen zu können, ist zunächst deren Erhaltung und Schutz vor weiteren Herabgleiten erforderlich.
2. Wenn Kreise der deutschen Wirtschaft sich längst dazu übergebeugt haben mit der entwerteten Papiermark mit beherrschenden Massenvermögen zu rechnen. Diese einseitige Flucht aus der Mark mit ihren Begleiterscheinungen und Folgen hat nicht nur die Verteilung der Arbeitskräfte bei Bedrängnis, sondern auch die Finanzkraft des Staates, der sich allein noch an der Papier-

markrechnung festhält, fast vollständig ausgehöhlt. Beide Mängel müssen daher auch mit demselben Mittel bekämpft werden.

3. Dies hat zu geschehen:
 - a) für die Beamtenbefolgung durch eine wirtschaftliche und zeitlich rasche Anpassung an die Geldwertungs-, d. h. durch automatische Veränderung der nominalen Papiermarkbefolgung an Hand eines in kurzem Zeitraum zu ermittelnden und zu veröffentlichen zuverlässigen Preisindex.
 - b) für die Reichs- und Staatsfinanzen ebenfalls durch automatische Veränderung der Nominalhöhe auch der Befehlshüter, die sich der Geldwertungs ebenso anpassen haben wie die von den Arbeitnehmern und Beamten entrichteten direkten und indirekten Steuern. Durch eine derartige gerechtere Verteilung der Inflationssteuer, die heute ausschließlich von den nichtbesitzenden Schichten des Volkes getragen wird, wird gleichzeitig auch der Inflation selbst wesentlich gesteuert.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes fordert von der Reichsregierung die alsbaldige Durchführung der wirtschaftlichen Geldwertungsanpassung des Beamtenverdienstes und wird sich gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bund für den Schutz der Arbeitskraft vor weiterer Schädigung einsetzen. Erst wenn der Schiefer der Geldwertungs von der Besoldungsentwicklung der Beamenschaft weggelassen ist, wird der Kampf um die Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus der Beamenschaft auf klarer Grundlage geführt werden können.

Neuregelung des Lebenshaltungsindex!

Berlin, 22. Juni.

Heute findet eine Sitzung sämtlicher Spitzenverbände der Gewerkschaften statt. Am Sonnabend tagt die Zentralarbeitsgemeinschaft. Die weiteren Beratungen mit dem Arbeitsministerium sind für Montag angelegt. Die Neuregelung des Lebenshaltungsindex durch das Statistische Reichsamt wird, wie vom Arbeitsministerium versichert wurde, in 14 Tagen erfolgen können.

Soldatenhinder Hiller in Freiheit!

Die „Rote Fahne“ behauptete in ihrer Montagsausgabe, daß der frühere Oberleutnant der Reserve, Hiller, der wegen Soldatenmißhandlung zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt ist, die Verbüßung dieser Strafe immer noch nicht angetreten habe und sich noch in Freiheit befinde. Hillers Prozeß hat damals ungeheures Aufsehen erregt. Selten offenbarte sich vor Gericht ein solches Bild menschlicher Verkommenheit. Der Soldat Helmholz wurde von Hiller buchstäblich zu Tode gemartert. Wir haben bisher vergeblich darauf gewartet, daß die Meldung der „Roten Fahne“ amtlich demontiert würde. Sollte das Ausbleiben des Dementis etwa bedeuten, daß die „Rote Fahne“ recht gehabt hat? Das wäre allerdings ein kaum glaublicher und selbst in der deutschen Republik kaum zu überbietender Skandal. Wir erwarten, daß das Justizministerium sich umgehend zu der Behauptung der „Roten Fahne“ äußert.

In der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates ließ die Regierung am Mittwoch mitteilen, daß sie beabsichtigt, sofort Notzuschläge zu der bestehenden Ausfuhrabgabe zu erheben. Die Freiliste soll weiter eingeschränkt werden, um auch für die darauf stehenden Waren wieder eine Ausfuhrabgabe erheben zu können. Der Ausschuss wird sich in der nächsten Woche mit einer entsprechenden Vorlage der Reichsregierung zu beschäftigen haben.

Getreidemenge. Es war unverkennbar, daß Bestrebungen im Gange waren, sich nun ihm, wo es der Verwirklichung dieses Beschlusses nahe ging, zu entziehen. Die Sozialdemokratie hat das verstanden. Unermüdet haben ihre Vertreter darauf hingewirkt, daß es die Notlage der hilflosesten Kreise unserer Bevölkerung zu steuern gilt und daß nur bei reiflicher Einsicht des Versprechens die Sozialdemokratie diesem Gesetz ihre Zustimmung geben kann. Es kam schließlich zu einer Einigung aller bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie auf folgender Grundlage:

Von dem Vermögen, die der Zwangsanleihe unterliegen, wird als einmalige Abgabe das Sechsfache der Zwangsanleihe erhoben. Nur Besitzer fest verzinslicher Werte usw. sind ausgenommen. Die Abgabe ist je zur Hälfte am 1. August 1923 und am 2. Januar 1924 fällig. Sie wird um den Betrag erhöht, um den der Roggenpreis von 120 000 Mark für den Zentner in der Zeit vom 1. bis 15. Juli bzw. vom 1. bis 15. Dezember sich erhöht. Für verspätete Zahlung werden Verzugszinsen von 15 bzw. 30 Prozent pro Monat erhoben.

Zum ersten Mal ist also eine Reichssteuer werbeständig gemacht worden. Dadurch ist der Gefahr vorgebeugt, die jederzeit die Zwangsanleihe völlig entwertet hat. Es ist aber ferner bestimmt worden, daß für den Fall unvorhergesehenen Anwachses der Zahl der Bedürftigen die erzielten Mittel nicht ausreichen, die Ausbringung weiterer Mittel erneut durch die Belastung des Vermögens durch Gesetz zu regeln ist.

Die Sozialdemokratie hatte zwar ursprünglich die zehnfache Zwangsanleihe verlangt. Keine der bürgerlichen Parteien war aber dafür zu haben. Die Deutschnationalen, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei und die Demokraten wollten das Dreifache und außerdem den Gesamtbeitrag auf 1200 Milliarden begrenzen. Das Zentrum wollte das Vierfache erheben. Was endgültig beschlossen wurde, geht weit über die ursprünglichen Zugeständnisse aller bürgerlichen Parteien hinaus. Es wird im Gesamtbeitrag etwa 1500 Milliarden ergeben; falls die Geldentwertung aber fortgeschritten ist entsprechenden Maße mehr. Diese Werbeständigkeit der Abgabe erleichtert deshalb der Sozialdemokratie die Forderung nach zehnfacher Abgabe in einer Zahlung. Gewiß ist es auffällig, daß bei der bekannten Steuerlast der bürgerlichen Parteien diese Regelung die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden hat. Aber die Erklärung dafür ist nicht allzu schwer. Sie liegt in drei Tatsachen: 1. Ist die aufzubringende Summe im Verhältnis zu der ursprünglichen Last der Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark, 2. konnten die bürgerlichen Parteien ihrer sonstigen Abneigung gegen Besitzbelastung nicht freien Spielraum lassen, weil es sich um das Schicksal der Opfer des Krieges und der Geldentwertung handelt, die zum Teil im Lager der bürgerlichen Parteien stehen, 3. aber waren die bürgerlichen Parteien nicht frei in ihrer Entscheidung, weil es zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bereits mit den Ausschüßberatern zu einer Verständigung gekommen war, die der anderen bürgerlichen Parteien die Freiheit der Entscheidung nahm.

Es ist deshalb ein Schlag gegen die Arbeiterklasse, wenn die Kommunisten die Haltung der Sozialdemokratie wie üblich als Verrat bekämpfen. Demgegenüber sei festgehalten, daß die Kommunisten im Hinblick auf die vierfache Abgabe beantragten, als die Sozialdemokratie bereits das Sechsfache beantragt hatte. — In auch die Lösung nicht nach jeder Richtung hin ideal, so ist sie doch ein Schutz für die hilflosen Kreise der Bevölkerung gegenüber der freien Brotwirtschaft.

Aus dem Ruhrgebiet.

SPD. Eiberfeld, 21. Juni. (Eig. Drahtber.)

In Maastricht an der Grenze sind am Donnerstag morgen zwei belgische Posten niedergeschossen worden, ein dritter wurde schwer verletzt. Der Tatort wurde sofort militärisch abgesperrt; Rekonstruktion sind zu erwarten. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Bei der Amtseinführung in Reuel belgische Soldaten die Franzosen am Donnerstag 7 500 000 Mk. In Gennevilliers ist eine Kompanie Infanterie und eine Schwadron Kavallerie einmarschiert, um die der Stadt auferlegte Kontribution von 50 Millionen Mark gewalttätig einzutreiben. Fisher ist ihnen in der Stadtkasse eine Million in die Hände geflossen. Die Requisitionen dauern an.

Der Bahnhof Dortmund-Süd und der Bahnhof Eving sind von den Franzosen gesäubert und zur Aufnahme des Betriebes durch deutsches Personal zur Verfügung gestellt worden. Die Freigabe einer Reihe weiterer, nicht an der militärischen Strecke gelegener Bahnhöfe bei Dortmund, wie Hörde, Hörde-Hachenau und Ober-Eving ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Durch die Freigabe des Betriebes wird die Lebensmittellieferung wesentlich erleichtert werden. Die Strecke Dortmund-Ost und Eving ist durch Aufstellung eines Wehrrails für den Güterverkehr gesperrt worden. Bei der Besetzung des Bahnhofs Dortmund-Süd sind den Franzosen 25 Personen in die Hände gefallen.

Georges' Revision verworfen.

SPD. Düsseldorf, 21. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der in Düsseldorf hantierende Revisionsgerichtshof der französischen Besatzungsarmee verwarf am Mittwoch nach kurzer Beratung die Revision des in Mainz wegen eines Sprengartenverstoßes zum Tode verurteilten Landwirtschaftslehrers Georges.

Im Interesse der von der großen Mehrheit des deutschen Volkes ersehnten Verständigung ist dieser Spruch ebenso bedauerlich wie das Todesurteil selbst, ganz abgesehen davon, daß wir nun wie vor einem menschlichen Gericht nicht das Recht zugerechnet werden. Aber die Maßnahmen eines Deutschen zu urteilen, die in einem überredlich belagerten Gebiet begangen wurden. Nach dem deutschen Gesetz hat sich Georges strafbar gemacht — er muß dafür leben. Aber diese gerechte Rache kann kein französisches Kriegsgericht schenken, was wir können deshalb die Entwertung der Hinrichtung des Georges auch nur als neue Verdächtigungen betrachten. Georges ist gefährlich, nicht gegen den passiven Widerstand und damit gegen das Volk vorgegangen zu haben. Er ist ein gefährlicher Gegner, aber das kann uns nicht daran hindern, die Auslegung der Besatzungsmaßnahmen des Landesrechts aus dem menschlichen Standpunkt zu betrachten. Letzt es endlich genug sein mit den Diktaten, die die Ruhrbesetzung bis heute gefordert hat!

Steuerreform!

Zum Ausgleich der Geldentwertung.

Der Steuerantrag des Reichstages beschäftigt sich am Donnerstag mit dem beantragten Antrag auf Erhöhung der vierteljährlichen Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer. Nach diesem Antrag sollen die Vorauszahlungen vor 15. August ab für die Einkommensteuer um das 25fache, für die Körperschaftsteuer um das 35fache erhöht werden. Die Sozialdemokratie vertritt demgegenüber die Forderung, daß die Erhöhung der Vorauszahlungen nicht

Golddeckung und Markkurs.

Je schlechter das Geld eines Landes wird, desto notwendiger werden die Börsenmärkte dieses Landes. Es ist also kein Wunder, daß die deutschen Börseninteressenten viel ängstlicher und mehr zu Spekulationen geneigt sind, als das bei den Edelmetallländern der Fall ist. Wird an der deutschen Börse eine Markverfälschung besorgt, so alarmiert das Andringen zu den Devisen, und der Dollarkurs schnell sofort über die New Yorker Kurse hinaus. Kommt die Mark dagegen ins Steigen, so werden, namentlich von der Spekulation, aus Angst, Verluste zu erleiden, größere Devisenbeträge auf den Markt gemopfen, und der Dollarkurs sinkt dann bisweilen niedriger, als nach den Notierungen der Börse von New York nötig wäre.

Die Golddeckung des deutschen Papiergeldes spielt für die Bewertung der deutschen Mark gegenüber so gut wie gar keine Rolle mehr, und auch die Aufschwemmung des deutschen Notenumlaufs hat auf den Kurs kaum mehr einen Einfluß. In den Devisenkursen spiegeln sich vielmehr in der Hauptsache politische Hoffnungen oder Befürchtungen wieder. Soweit der Auftrieb des Dollarkurses an der Berliner Börse begonnen hat — und das ist in letzter Zeit immer der Fall gewesen — liegt darin ausgesprochen, daß die deutsche Börse die Zukunft Deutschlands schwarz in schwarz sieht. Darum flüchtet man aus der Mark in die Devisen und effektiven Werte. Um die tatsächliche Goldsicherheit, die die Reichsbank als Deckung zur Verfügung hat, kümmert sich dabei kein Teufel mehr.

Vor dem Kriege hatte Deutschland für seine Banknoten eine Golddeckung von etwa 65 Prozent. Diese Deckung reichte völlig aus, das deutsche Papiergeld ebenso hoch zu bewerten, wie das Goldgeld. Es bestand eben das Vertrauen der jederzeitigen Auszahlung in Gold für das Papier. Heute ist die Golddeckung der deutschen Banknoten viel höher als die Bewertung des Papiergeldes auspricht. Aber es besteht eben die Gewissheit nicht mehr, daß dieses Papiergeld gegen Gold umgetauscht werden kann. Wir haben etwa 800 Millionen Goldmark in der Reichsbank liegen, und daneben haben wir rund 10 Billionen Papiermark in Banknoten; die Geldwertigkeit unseres Papiergeldes beträgt also 0,0008 Prozent. Nach dem Dollarkurs vom Montag (147 500 Mark) wird aber die deutsche Mark nur mit knapp 0,0008 Proz. Goldgehalt bewertet. Der Kurswert der deutschen Mark ist also fast dreimal geringer als der Goldwert, der ihr nach Maßgabe der Goldvorräte der Reichsbank innewohnt. Wenn der Wert des deutschen Papiergeldes nach dem Umfang der Golddeckung bemessen würde, dürften statt 147 500 Papiermark für einen Dollar nur 52 500 Mark bezahlt werden. Daß also der Dollarkurs fast dreimal so hoch ist wie er nach der Golddeckung der Mark sein dürfte und daß in New York für 100 deutsche Mark nur 0,073 Cents statt — der deutschen Golddeckung entsprechend — 0,19 Cents bezahlt werden, kennzeichnet das katastrophale Mißtrauen, das an den deutschen, wie an den fremden Börsen der Zukunft der deutschen Wirtschaft und der deutschen Währung entgegengebracht wird.

Nach dem Dollarkurs vom Montag hat die Mark nur noch den 35 120sten Teil ihres Friedenswertes. Wenn ein Geld so stark entwertet ist, hat es aufgehört auf dem internationalen Geldmarkt noch ernst genommen zu werden. Es laufen auch schon Gerüchte um — ob dahinter etwas Ernstes steckt, muß noch erforscht werden —, daß man in New York die Kurse für deutsches Geld nicht mehr notieren wolle, daß also das deutsche Geld dieselbe Behandlung erfahren soll, wie einst der Sowjetrubel. Es ist sicher, daß dieses Gerücht die stürmische Dollarkaufse am Montag in Berlin mitverschuldet hat. Wenn es unglücklicherweise wahr werden sollte, dann hätte die Papiermark in der Geldinternationalen ausgepielt.

Amerika als Weltbankier.
Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die am stärksten aktive Handelsbilanz von allen anderen Ländern. (Uebrigens erfreuen sich nur wenige Länder einer aktiven Handelsbilanz.) Im Jahre 1922 betrug der Ueberfluß der amerikanischen Ausfuhr über die Einfuhr 719 Millionen Dollar. Mindestens in diesem Betrage ist fremdes Kapital von Amerika aufgesogen worden. Heute verfügen die Vereinigten Staaten über etwa die Hälfte allen Münzgoldes der Welt. Mit diesem Reichtum treten sie immer als Bankier der Welt auf. Im Jahre 1922 haben die Vereinigten Staaten nach einer sehr vorläufigen Schätzung 652 Millionen Dollar ansehnliche ins Ausland gegeben. Alle Erdteile, mit Ausnahme von Afrika, haben von Nordamerika Geld geborgt. Zum großen Scherze Englands hat selbst das britische Dominium Kanada 156 Millionen Dollar aus Amerika geholt und Australien 112 Millionen Dollar. Früher hat England in sehr starkem Maße Kredite ans Ausland geben können. Jetzt hat es diese Rolle an die Vereinigten Staaten abgeben müssen.

Die jährlichen Kapitalneuanlagen im Auslande betragen seitens

	England	d. Ver. Staaten
1911	503	31
1912	465	71
1913	422	78
1920	340	464
1921	111	398
1922	276	652

Amerika hat also den englischen Kapitalmarkt bei weitem überflügelt. Daß es damit auch politisch den Engländern — und zwar nicht nur in Kanada und in Australien — un bequem wird, braucht nicht erst ausgeführt zu werden.

Russische Banken in Berlin.

SB. Die allrussische Genossenschaftsbank hat, wie verlautet, zu einer Reihe ausländischer Banken feste Beziehungen aufgenommen, um sich im Auslande festen Boden zu verschaffen. In Berlin ist der Korrespondent dieser Bank die Berliner Handelsgesellschaft. Außerdem plant die Allrussische Genossenschaftsbank in Berlin und in New York selbständige Banken zu gründen.

120 Millionen Mark neue Aktien

gibt die Anhalt-Desautische Landesbank aus, von denen eine Hälfte den Aktionären zum Kurse von 1200 Proz. angeboten, die andere freihändig verkauft werden soll. Dividende 50 Prozent (gegen 12 Prozent im Vorjahr.).

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. Juni.
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	21. Juni.	20. Juni.
Amsterdam	1 fl. 49825,50	51371,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 6758,—	6883,—
Kristiania	1 Kr. 21147,—	20548,50
Kopenhagen	1 Kr. 22748,—	22244,—
Stockholm	1 Kr. 33515,—	33915,—
Helsingfors	1 Finn. Mk. 3521,—	3411,—
Rom	1 Lire 5785,50	5785,50
London	1 £ 589587,—	605981,—
New York	1 Dollar 126682,—	129677,—
Paris	1 Frs. 7905,—	7980,—
Zürich	1 Frs. 22743,—	23241,50
Madrid	1 Pesetas 18902,50	18603,—
Wien	100 Kr. 182,54	178,55
Prag	1 Kr. 8835,—	3720,50
Budapest	1 Kr. —,—	13,96

Mordepidemie bei den Eskimos. Nach einem Bericht der kanadischen Polizei sind in der arktischen Zone gegenwärtig neun Personen wegen Mordes oder ähnlicher Verbrechen angeklagt. Diese neun haben insgesamt dreizehn Menschen umgebracht, darunter verschiedene Weiber. Außerdem schweben noch zahlreiche Verfahren, bei denen die Mörder bisher nicht gefaßt werden konnten. Während der Sommermonate werden auf Island und in Nordkanada ununterbrochen zwei Gerichtshöfe tagen. Diese Mordepidemie ist um so verwunderlicher, weil die Eskimos von Natur aus gutartige, lenkame Menschen sind. Die kanadische Polizei schiebt die Schuld für den tödlichen Ausgang so vieler Streitigkeiten unter den Eskimos der europäischen und amerikanischen Kultur in die Schuhe. Denn ohne sie wären die Eskimos nie in den Besitz von Schusswaffen gelangt. Tatsächlich spielt bei allen diesen Mordtaten der Revolver die Hauptrolle. Verhängt wurde die Situation angeblich noch durch den Aufenthalt zahlreicher Europäer, die der Gewalttätigkeit arktischer Einwohner zum Opfer fielen. Es hat wiederholt blutige Zusammenstöße zwischen Einwohnern und kanadischer Polizei gegeben.

Schöne Blizgefahr in Deutschland. Eine Statistik hat ermittelt, daß in 48 Jahren in Preußen 6521 Personen vom Blitz getötet wurden. Dies entspricht einem Jahresdurchschnitt von 150 Blizopfern. In Ländern, die näher zum Meer liegen, wie Frankreich, Belgien, Holland, treten Gewitter seltener auf und die Zahl der Blizopfer ist viel kleiner. In Deutschland sind am meisten die norddeutschen Provinzen von der Blizgefahr bedroht, weniger die mitteldeutschen und am wenigsten die süddeutschen. Im allgemeinen hat man für Deutschland eine Zunahme der Blizgefahr in den letzten Jahren festgestellt. Die Ursachen dieser Erscheinung sind nicht ganz geklärt. Ein Teil der Forscher nimmt die fortschreitende Elektrifizierung unseres Verkehrs- und Betriebswesens als Ursache an, während ein anderer Teil die starke Raucherentwicklung der Industrieanlagen als Förderer der Blizgefahr ansieht.

Der Weg der Aetna-Lava. — Aberglauben angefaßt der Todesgefahr. Das allmähliche, aber unaufhörliche Vorwärtsschieben der Lavaströme von den Abhängen des Aetna bietet ein schreckliches Schauspiel der Zerstörung. Der feurige Strom hat jetzt eine Breite von etwa 400 Metern und eine Höhe von etwa acht Metern erreicht. Er legt in der Stunde ungefähr 20 Meter zurück, und der flüssige Teil der Lava reißt alles mit sich, so daß die sich vorwärtswälzenden Massen an vielen Stellen 20 Meter hoch ist. Der Lavaström kommt in einem weiten Halbkreis, die Ballone genannte Niederung hernieder, in der Richtung auf Castiglione, dessen Bahnhof bereits zerstört wurde. Der Strom drängt sich auf der nach Linguaglossa führenden Landstraße weiter. Manchmal glaubt man, die Lava sei zum Stillstand gekommen, aber plötzlich kriecht die feurige Masse wieder vorwärts, nur um so ungestümmer. Weiße Eichen- und Buchenwälder sowie ausgedehnte Hafer- und Mandelanlagen sind verschwunden. Alle Felder des Städtchens Linguaglossa sind nunmehr verschüttet. Mitten im Unglück sind die beiden Bevölkerungen von Linguaglossa und Castiglione einer abergläubischen Ueberlieferung wegen miteinander in Streit geraten. Die Bewohner von Linguaglossa haben den Hirtenstab ihrer Schutzpatrone unter Palmen gesang dem Lavaström entgegengetragen, indem sie glauben, dem Lavaström dadurch Einhalt gebieten zu können. Die Bewohner von Castiglione befürchten aber, daß die Lava durch das angerufene Wunder gegen ihr Gebiet geleitet werde und zogen daher gegen Linguaglossa, um den Hirtenstab dem Heiligen jenes Städtchens zu entfernen, wobei die Bewohner miteinander in Streit gerieten. Die Polizei mußte den Streit besenden. In Catania sind Tausende von Flüchtlingen aus dem betroffenen Gebiet eingetroffen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Deber; für Freisport, Lieder und Feuilleton Hermann Bauer; für Literatur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Drei Soldaten.

Roman von Ren des Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumpert. (Nachdruck verboten. Der Kallit-Verlag, Berlin.)

28. Fortsetzung.
Sie kamen in eine Stadt; durch offene Türen konnten sie bestagliche Rücken mit glänzenden Kupferfesseln und mit lauberen Steinböden sehen, vor den Häusern waren kleine Gärten, voll von Krokussen und Hyazinthen. Sie marschierten über den Platz, der mit kleinen gelben, runden Wassersteinen bedeckt war. Die Kirche hatte einen Spitzbogen in der Tür, den Kaffees waren die Namen farbig aufgemalt. Männer und Frauen schauten aus Türen und Fenstern. Die Kolonne verlangsamte sich, die Schritte, doch marschierte sie weiter, und als die Häuser seltener wurden und am Wege weiter auseinander standen, schwand den Leuten die Hoffnung auf einen Halt. Die Ohren waren taub geworden von dem unregelmäßigen Trapp der Stiefel auf der Steinpflaster. Die Füße waren schwer wie Blei, die Schultern, schmelzig geworden, wurden wund vom unaufhörlichen Schweiß. Die Köpfe hingen hinunter, die Augen hefteten sich auf die Hacken des Vormannes, die sich hoben, um wieder niederzufallen, endlos. — Marschieren wurde für jeden zu einem persönlichen Kampf mit seinem Gepäck, das irgendetwas Lebendiges bekommen hatte, bössartig und übermächtig geworden schien.
Der Regen hörte auf, und der Himmel wurde ein wenig lichter, nahm dann eine etwas gelbliche Färbung an, als ob die Wolken, welche die Sonne verbargen, dünn geworden seien.
Die Kolonne hielt in der Nähe einer Gruppe von Weidern und Scheunen, die an der Landstraße entlang lagen. Die Leute streckten sich in allen Richtungen längs des Weges und bedeckten mit der Schmutzfarbe ihrer Uniformen das helle Grün des Grases. Christfield lag in dem Feld neben der Straße und presste sein heißes Gesicht in den weißen Frühlingsklee. Das Blut pochte ihm in den Ohren. Seine Arme und Beine schienen auf dem Boden festgewurzelt zu sein, als ob er nie in der Lage sein würde, sie wieder zu bewegen. Er schloß die Augen. Langsam fiel ein Tröpfchen in seinem Körper auf. Er legte sich auf und ließ den Tornister fallen. Jemandem gab ihm eine Zigarette, und er zog ein wenig süßlichen Rauch ein. Andrews lag neben ihm, den Kopf auf seinem Tornister, rauchend, seine blauen Augen schauten seltsam aus dem flammenden Rot seines schmutzbeprägten Gesichtes heraus. Christfield nahm die ihm angebotene Zigarette und suchte in seiner Tasche nach einem Streichholz. Eine Pfeife gellte. Langsam erhoben sich die Männer vom Boden und marschierten in Linien auf. Die Kompanien marschierten getrennt ab. Christfield hörte, wie der Leutnant zum Sergeanten sagte: „Verdammt, die Geschichte das. Warum haben sie uns nicht an die erste Stelle geschickt?“
„So kommen wir wohl gar nicht an die Front?“ brummte der Sergeant.
„Front?“ puffte der Leutnant heraus.
Er war ein kleiner Mann, der wie ein Fackel mit rauhem, totem Gesicht aussah, das jetzt in Berger sich purpur färbte.
„Man wird uns wohl hier einquartieren“, meinte jemand.
Sofort wiederholten es alle: „Wir werden hier wohl einquartiert werden.“
Sie marschierten eine lange Weile in Formation. Das Ge-

päck schnitt ihnen in den Rücken und in die Schultern. Endlich rief der Sergeant Befehle aus:
„Nehmt euer Zeug mit nach oben!“
Oben konnten sie auf einen dunklen Boden, wo die Luft schwer war vom Geruch des Heus und eines Kuffstalles, der darunter lag. In den Ecken war ein wenig Stroh, und diejenigen, die zuerst kamen, breiteten ihre Decken darauf aus. Christfield und Andrews warfen sich in eine Ecke, von wo sie durch ein Loch hinunter in den Hof sehen konnten. Dort liefen weiße und gestreifte Hühner mit schnellen Bewegungen herum. Eine Frau in mittleren Jahren stand in dem Torweg des Hauses und sah die Häuser katzengeleibeter Soldaten mißtraulich an, die jetzt langsam sich in alle Türen der Scheunen hineinschoben. Ein Offizier ging an sie heran mit einem kleinen roten Buch in der Hand. Ein Gespräch über irgendetwas ging peinlich langsam vor sich. Der Offizier wurde sehr rot. Andrews warf seinen Kopf zurück und lachte. Christfield lachte auch, er wußte kaum warum. Ueber ihren Köpfen konnten sie die Tauben auf dem Dache hören: ein beständiges schläfriges Ku—ku—ku—ku. Der Geruch in der Scheune veränderte sich allmählich, und man roch das Essen, das in der Feldküche fertiggestellt wurde.
„Sollentlich geben sie uns was anständiges zu essen, bin hungrig wie ein Dreckser.“
„Ja auch“, sagte Andrews.
„Du kennst doch ihre Sprache ein wenig, Andy.“
Andrews nickte mit dem Kopfe.
„Wir können vielleicht ein paar Zigaretten von der Dame da unten bekommen, aber irgend etwas anderes. Versuch's mal nach dem Essen.“
Sie lagen beide im Stroh und lösten die Augen. Ihre Backen brannten noch vom Regen. Alles schien sehr friedlich. Die Kameraden um sie herum sprachen leise und schlaftrig. Draußen kam ein neuer Regenguß herunter und schlug weich auf die Ziegel des Daches. Christfield glaubte, noch nie in seinem Leben habe er es so bequem gehabt, obwohl seine durchnässten Schuhe die kalten Füße krüakten und seine Knie juckten und kalt waren. Doch in dem ermüdenden Geräusch des Regens und der Stimmen, die ruhig um ihn herum sprachen, schlief er ein. Er träumte, er sei zu Hause in Indiana, doch an Stelle seiner Mutter, die sonst immer am Herd in der Küche saß, war dort die Französin, die vorhin im Torweg gestanden hatte, und neben ihr stand der Leutnant mit einem kleinen roten Buch in der Hand. Plötzlich begann der aus voller Lunge zu schreien: „Du verdammt...“ Aber er konnte schreien nichts anderes sagen. Du verdammt...“
Er konnte er wieder. Der Leutnant sah ihn an, zog die schwarzen Augenbrauen, die sich über der Nase trafen, zusammen. Es war der Sergeant Anderson. Christfield zog sein Messer und ließ gegen ihn an. Aber dann war es Andy, sein Schlafkamerad, den er gestoßen hatte. Er warf die Arme um Andrews Körper und weinte... Er wachte auf, Eggehirr kitzte überall um ihn in dem dunklen Erdboden. Die Kameraden waren schon dabei, die Treppe hinunter zu gehen.
Die Leuten erfüllten die bläuliche Luft mit einem beständigen Rittgen kleiner Gloden. Christfield und Andrews schlenderten über ein Feld, das auf dem Rücken eines Hügels lag. Unten im Tal konnten sie eine Gruppe roter Dächer und das weiße Band der Straße sehen, wo lange Züge von Lastwagen vorwärts-

trochen wie Käfer. Die Sonne war gerade hinter den blauen Hügel auf der anderen Seite des Tales untergegangen. Die Luft war voll vom Geruch des Klees und des Hagelorns der Hecken. Sie zogen den Atem tief ein beim Durchqueren des Feldes. „Es ist schön, von der Meise da fortzukommen“, sagte Andrews. Christfield ging schweigend weiter und zog seine Füße schwer über den Klee. Eine bleierne Dampfschicht lag auf ihm, wie eine schützende Decke um seine Glieder, so daß es ihm Anstrengung verursachte, zu gehen, Anstrengungen, zu sprechen, doch darunter schienen ihm seine Muskeln sich zu spannen und zu zittern, als ob er vor einem Kampf um ein Mädchen stände.
„Warum zum Teufel schicken sie uns denn nicht nach vorn?“ jagte er plötzlich.
„Ja, das würde besser sein, als so... warten, warten, warten.“
Sie gingen weiter, das Zwitschern der Lerchen über ihnen, das Geräusch ihrer Füße im Klee und das schwache Klappern einiger Kupfermünzen in Christfields Tasche und in der Ferne das unregelmäßige Surren eines Aeroplans. Beim Weitergehen beugte sich Andrews des öfteren hinunter und pflückte ein paar weiße Kleeblumen. Der Aeroplan kam plötzlich näher und stürzte in einer großen Kurve über dem Feld. Alles errant in seinem Gerbrüll. Sie konnten den Führer und den Beobachter genau erkennen, ehe noch das Flugzeug wieder aufstieg und in den purpurnen Wolfensehen des Himmels verschwand. Der Beobachter hatte einmal mit der Hand gewinkt, als sie vorbeifuhren. Sie standen still in dem dämmerigen Feld, starrten hinauf in den Himmel, wo noch immer einige Lerchen zwitscherten.
„Möchte schon einer von den beiden sein“, sagte Christfield.
„So?“
„Ich würde alles darum geben, aus dieser beschissenen Infanterie rauszukommen. So ist's kein Leben, wie ein Keger behandelt zu werden.“
„Ne, das ist kein Leben.“
„Wenn sie uns wenigstens an die Front schicken würden... Aber alles, was wir tun, ist Drill und Schießen und Drill und Besonntigungen und wieder Drill. Kann einen ja verrückt machen.“
„Wozu darüber sprechen, Chris?“ Andrews lachte. „Da ist das Flugzeug wieder.“
„Wo?“
„Da hinten. Gerade an dem Waldende.“
„Dort ist der Flugplatz.“
„Die haben 'n schönes Leben.“
„Bin im Übungslager um 'ne Verletzung zu den Fliegern eingekommen, aber nichts mehr davon gehört. Sonst wäre ich nicht mehr in diesem Dreck.“
„Es ist herrlich schön auf diesem Hügel an diesem Abend“, sagte Andrews und schaute träumend auf den hell orange-berbrennen Streifen Licht, wo die Sonne untergegangen war. „Gehen wir hinunter und trinken 'ne Flasche Wein.“
„So ist's recht. Ob wohl das Mädchen heute nacht auch unten ist?“
„Antoinette? Junge, die möchte ich 'mal 'ne Nacht für mich haben!“
(Fortsetzung folgt.)

Altengemeinschaft
Borisch, u. Kreditverein
zu Lübeck
e. G. m. b. H.
Lieferer (8199)
Möbel
Ausstatt. im Bureau
Hundestr. 49-51,
Hinterhaus 8.

Wand- u.
Zubehörsplatten
Adolf Borgfeldt.
(8198)



Morgen:
**Pa. fettes
Fohlenfleisch**
C. Kühn,
Schulstr. 9 b. (8289)

Rheuma

Nr. 37
Adler-Apotheke
Wienstr. 30.
St. Lorenz-Apotheke
Lindendamm. (8227)

Achtung (8288)
Gelbfeber!
Großer Vorkurs neue
Treibriemen

(Stückenleder) f. Herren-
Damen- u. Kinderwagen
Wilhelm Blunck,
19, Hartengrube 19.

Steppdecken
Anfertigung u. Neu-
beziehen. Spethmann
Breitestr. 31. Fernsp. 8659
(8058)

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in halt-
baren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und
Schäftefabrik. (8186)

Diejenigen Gemein-
schaftsmitglieder, die vor
dem 1. Mai länger wie
8 Wochen arbeitslos
waren und sich auf die
Versicherung im
„Volkshaus“ bei ihren
Gemeinschaften gemeldet
haben, können die Unter-
stützung ab Montag, d.
25. bis Mittwoch, den
27. d. Mts., bei ihren
Gemeinschaften abholen.
Der Ortsausschuß.
(8252)

**Frauenverein
Seeretz.**

(8228)
Am Sonntag, d. 24. Juni
Ball
mit Ueberräuhungen
im Lokale „Zum Krenzweg“.
Anfang 4 Uhr.
Der Vorstand.

**Zentral-Verband
der Maschinisten u.
Heizer.** (8225)
Geichstraße Lübeck.

**Sommer-
Vergnügen**

mit Kinderbelustigung,
wie Zapfenklagen, Sat-
tanzen, Lampen-
pantomime usw.
mit nachfolgendem

BALL
am Sonntag, d. 24. Juni
bei Kuss in Herzendorf.
Gänge mitmachen.
Anfang 4 Uhr.
Der Festausschuß.

**Billige
Damen- u. Herrenkonfektion,
Schuhwaren, Textilwaren.**

Eleg. Anzüge, Gummimäntel,
Hosen, Joppen, Schlüpfer usw.,
eleg. Damenschuhe schwarz, Stie-
gel, Herrenstiefel, Halbhuhe,
Kinderstiefel, Sandalen, Zuer-
schuhe, Pantoffel usw., elegante
Damenmäntel, Blusen, Röcke,
Zumper, Strickjacken, Kleider-
hösche, Voiles, Kröttes, Planelle,
Anzughösche, Buckskin, Julett,
Cheviots, Leinen, Betten, Aus-
steuer, Loden, und Manchester,
(8286) Hemdentuch usw.

Noch wirklich preiswerte Angebote!

Ohlers & Noetwich
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Das bekannt reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.

Markthallenstand 48-49



billige Goldbutt.
(8244) Eggers.

Juwelenbesitzer!

Wir kaufen

**Brilliant, Perlen, Gold-, Silber-,
Platin-, Gold-Uhr., kostl. Gebisse**

Münzsammlungen u. Schmucksachen.
Kommen Sie vertrauensvoll zu uns, um reell u.
Ischmännisch bedient zu werden. (8240)

Lübeck **EMZ** Berlin

Telephon 2447.

Engros-Akzent, Legitimat, erforderl. Engros-Verkauf.

Lübecks führ. u. leistungsf. Spezialgesch.

Uhr- Geschäft-
macher **Frick** Plattenstr. 2, 1. Ebg.,
Juwelier kein Laden.

Hiermit zur gefälligen Kenntnis, daß ich die

**Schlachterei
des verstorbenen Herrn Vick
Huxstraße 101
übernommen habe**

und mit dem heutigen Tage in Betrieb nehme.
Hochachtungsvoll

Felix Peters, Schlachtermeister
Fabrik seiner Fleisch- und Wurstwaren.
(8211) Telephon 3756.

Alte Gebisse

einzelne Zähne
**Gold- und Silberbruch
Platin**

kauft ständig (8243)

Goldschmied Tollgreve

Edelmetallgeschmiede

92 Königstraße 92

Trinkt

**Lübecker Porter
und Malzbier**

in Gebinden und Flaschen

in anerkannter Güte. (8208)

H. Bade.

Telephon 1881.

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16.
Prima Jette Schlehbergen per Pfd. Mk. 8 000.—
Dick. gefr. Ochsenfl. 10600 zarte Leber 9000
Watenst. 11000 Frisch. Schwarzpauer
Beefsteak, Roulleisch 14000 mit Fleischstück. 1000

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Lübecker (8207)
Mandolinen-Klub von 1911.
Morgen Sonnabend:
Konzert. — Ball.
Konzerthaus Flora.
Anf. 7 Uhr. Eintritt 1000 Mk. einschl. Steuer.

KOLOSSEUM

Morgen Sonnabend:
Großer Ball
Kassenöffnung 6.30 Uhr. (8246)
Job. & R. Mittag.

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten
und Kriegshinterbliebenen.**

Sonntag, den 24. Juni d. Js.

Großes Sommerfest

im Konzerthaus Lübeck, Fackenburg Allee.

Großes Preisschießen.

Kassenöffnung 3 1/2 Uhr. Anfang 4 Uhr.
(8237) Der Vorstand.

Ruder-Regatta
Sonnabend, den 23. Juni
und Sonntag, den 24. Juni.
Vorverkauf beim Sportschau Gasmann,
(8202) Breite Straße 83.

Lübecker Regatta-Verein.

Bekleidungsarbeiter-Verband.
Hittale Lübeck.

Einladung zum

Sommer-Vergnügen

am Sonnabend, 23. Juni
im „Weislinger Baum“.

Von 5-6 Uhr: Konzert und Kindervergnügen,
anschließend großer Ball.

Gäste herzlich willkommen!
(8200) Der Festausschuß.

Mandolinen-Klub Lübeck.

Am Sonnabend, dem 23. Juni 1923

im Gewerkschaftshaus Lübeck

Großes Konzert

mit nachfolgendem Ball.

Anfang 7 Uhr. Eintritt 1000 Mark.

Gewerkschafter von Stadt und Land
erscheint alle zum großen

Eutiner Gewerkschaftsfest
am Sonntag, dem 24. d. Mts.,
mittags 1 Uhr

Festrede von Adolf Hoffmann.

Demonstrationszug,

großes Scheibenschießen, Damen-
und Kinderbelustigung,

Tanzzelt auf dem Platze,
abends Ball auf drei Sälen.

A.D.G.B. Ortsstell Eutin

Der Festausschuß.

Konzerthaus Lübeck

Morgen, Sonnabend:

Sr. Johannisfeier

des Vereins der Of- und Besprenger.

Sr. Ball / Herrentanz

???

Anfang 7 Uhr. (8245) Anfang 7 Uhr.

Biophon.

Spielplan vom 22. bis 28. Juni:

Der große Auslandsfilm
in 6 Akten, ein sensationelles Abenteuer
zweier Zeitungsjournalisten:

**New-York
Express-Kabel.**

Nervenaufregende Sensationen.

Der Traum.

Eine Legende in 6 Akten nach dem gleichnamigen
Roman von Emile Zola.

Ein reizendes Lustspiel:

Bedaure besetzt!

Von Hermann Barter in 2 Akten. (8222)

Buchdrucker-Verein in Lübeck

**Johanni-Ball
im Kolosseum**

am Sonntag, dem 24. Juni 1923.

Kassenöffnung 5 Uhr. (8210)

**Stadthallen-
Sichtspiele**

Mühlenbrücke 13. Tel. 8749.

Vom 22.-28. Juni:

Der Schwab

Ein altes Spiel um Gold und Liebe.

Nach der Novelle von R. D. Barfisch mit

Albert Steinrück, Ilka Gruning

Lucie Mannheim, Werner Krauss

Hans Brausewetter

Satan im Frack

Ein Spiel aus unserer Zeit.

Großer Abenteuerfilm in 6 Akten.

Glänzende Ausstattung!

Erstklassige Darstellung!

„Charlie Chaplin“

als öffentliche Stütze

Großeste in 2 Akten. (8221)

Auf unser großes Orchester wird

besonders hingewiesen.



Verein heimattr. Ost- und Westpreußen.

Sonnabend, 23. Juni:

Johanni-Ball

(10 Uhr: Herrentanz)

Konzerthaus Lübeck.

Anfang 5 Uhr nachm. Jeder willkommen. (8220)

**„Zur Walkmühle“
Seeretz-Dänischburg**

Ausflugslokal

für Vereine (8208)

bestens empfohlen.

Gr. Garten u. Spielplatz.

Zentral-Hallen.

Sonnabend u. Sonntag

Gr. Tanzbräunchen. (8206)

Trocadero.
Schlüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr

nachmittags:

**Stimmungs-
Konzerte.** (8206)

Hansa-Theater.

Täglich 8 Uhr

Der große Erfolg

Wie

einst

im

Mal!

mit Emil von Dollen

in seiner Glanzrolle als

Jüterbock. (8214)

Sonnabend — Sonntag

— Montag

Nur 3 Aufführungen

Alt-Heidelberg

Karl Heinz —

Emil v. Dollen.
Kathie — Hans Rösle.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 22. Juni.

Wo bleibt der Sommer?

Die traurige Wetterlage wird nach den neuesten Berichten der Lauenburgischen Wetterwarte auch in der kommenden Woche anhalten. Zu allem wirtschaftlichen Ungemach, das Mitteleuropa heimlich, gefüllt sich auch noch die Ungunst der Witterung, die den Volksfreund mit banger Sorge dem kommenden Winter entgegensehen läßt. Fehlende Wärme und Sonne verhindern das Wachstum der Feldfrüchte und mitummer steht der Kleingärtner auf seine mit Fleiß, Mühe und hohen Kosten zwei- und dreimal vergeblich bestellten Bohnenbeete, auf denen sich hier und da ein verkrüppeltes, kümmerliches, gelbes Pflänzlein zeigt, das schon den Keim des Todes in sich trägt. Tritt nicht bald warmes Wetter und Sonnenschein ein, dann ist der Kleingärtner um ein Erhebliches in seinen Hoffnungen betrogen. Es ist aber nicht nur in unserem Himmelsreiche so. Auch aus dem übrigen Deutschland, auch aus dem Süden liegen trostlose Berichte vor. Die Unbeständigkeit der Wetterlage in Südtüringen und Nordbayern hat in der ganzen vergangenen Woche angehalten. Bei früher Temperatur gab es reichlich Regen. Aussicht auf eine Besserung des Wetters ist vorläufig nicht zu erwarten. Auch die neue Woche begann mit Regen und Kühle. — Im Riesengebirge hat es in der vergangenen Woche bis in die letzten Tage wiederholt ziemlich kräftig geschneit. Die Nachttemperaturen gehen immer noch unter Null bis zu - 5 Grad Celsius. Auch der Hohe Tierkamm und das Gläser Schneegebirge sind noch im Nachwinter und weisen ebenso wie das Riesengebirge öftere Schneefälle auf. — Weher dem oberbayerischen Gebiet dauert das feuchte und kühle Wetter an. Im Alpengebiet sind die Temperaturen bis nahe an den Nullpunkt herangerückt. Mittelnwald meldet Schneefall. — Im Schwarzwald liegt bei sehr niedriger Temperatur und starken gewitterartigen Regenfällen in den höheren Gebieten die Temperatur unter dem Gefrierpunkt, so daß auf dem Hochschwarzwald Neuschnee gefallen ist, der bis zur Höhe von 600 Meter herabreicht. Auch in der Badischen Ebene, der Pfalz und im Taunus hält die Regenperiode bei niedrigen Temperaturen unvermindert an. Das Temperaturmaximum auf dem Feldberg im Taunus beträgt 5,3, Niederschlag 2,8 Millimeter. — Ebenso werden aus ganz Oesterreich sehr niedrige Temperaturen gemeldet. In Bad Gastein, wo es seit 14 Tagen regnet, ist bis tief ins Tal herunter Neuschnee gefallen, ebenso in Steiermark. Die Berge sind bis 1200 Meter herab verschneit. Das Alpenvieh, das vor zehn Tagen aufgetrieben wurde, mußte wieder ins Tal gebracht werden.

Warnung vor Eisenbahndieben. Ein Parteigenosse schreibt uns: Im D.-Zug 1108 Hamburg-Köln wurde am Dienstag ein Taschendieb, seinem Aussehen nach ein Südeuropäer, auf frischer Tat ertappt. Er ist einem Wagensteller aufgefallen, der ihn dann beobachtete. Auf der Eschbrücke, wo der Korridor gedrängt voll Neugierigen stand, machte der Gauner ein künstliches Gebärde, beständig eine Dame, die ungeduldig wurde, drückte mit linkem Arm, über dem ein leichter Fächer hing, einem Amerikaner ins Kreuz und zog mit den Langfingern der rechten Hand unauffällig und blitzschnell dem Opfer die Brieftasche mit den lang ersehnten Devisen aus der hinteren Hosentasche. Diese Devisenpekulation wäre geglückt, wenn sie eben der Wagensteller nicht beobachtet hätte. Sofort benachrichtigte er den Bahntastarten, der denn auch richtig den nachbarschaftlichen Verlust feststellte. Beide ließen darauf den unferigen Jungemeister festnehmen und nahmen ihm den unverdienten Gewinn wieder ab. In Hamburg wurde der scheinbar harmlose Jüngling von einem Sipemann in Empfang genommen. Ausweispapiere hatte er nicht, seinen Namen weigerte er sich anzugeben, seine Fahrkarte lautete nur bis Harburg. Demnach lohnte es sich nicht, eine Fahrkarte für längere Tour zu nehmen, weil scheinbar das Geschäft von Hamburg bis Harburg gemacht werden muß, um auf alle Fälle wieder schnell aus dem Zuge zu kommen. Hoffentlich dauert seine Rückreise nunmehr etwas länger. Der aufmerksame Wagensteller erhielt von dem Neuyorker Herrn einige Dollar Belohnung. Reisende seien deshalb auf Eleganz, die im Eisenbahnwagen einen Pasetot über dem Arm tragen, nachdrücklich gewarnt.

Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Bürgerschaft. Nachdem die letzte Versammlung der Bürgerschaft dieser Vorlage zugestimmt hat, wird nun ein Nachtrag zu dem Gesetz vom 23. Mai 1920 im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht. Danach erhalten: 1. diejenigen Mitglieder der Bürgerschaft, deren Wohnort nicht durch eine Straßenbahn mit der inneren Stadt verbunden ist, als Aufwandsentschädigung ein Gehaltstafel des Dienst- einkommens, das ein der Besoldungsgruppe 10 angehörender lediger Beamter, dessen dienstlicher Wohnsitz die Stadt Lübeck ist, an Anfangsgrundgehalt, Ortszuschlag und Teuerungszuschlägen im jeweils laufenden Kalendervierteljahr nach Maßgabe der für den ersten des dritten Monats geltenden Bestimmungen beziehen würde, 2. alle übrigen ein Neuzugewandene bis nach Ziffer 1 ergebenden Beamteneinkommens. Der Wortführer der Bürgerschaft erhält dagegen eine besondere Aufwandsentschädigung aus der Staatskasse; sie beträgt ein Monatslohn des bis nach Ziffer 1 ergebenden Beamteneinkommens. Die am Ende jedes Kalender- vierteljahres fälligen Entschädigungen werden auf volle Tausende in der Weise abgerundet, daß Beträge bis zu 500 Mark wegfallen und solche über 500 Mark auf 1000 Mark erhöht werden. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April ds. Js. in Kraft.

Sonnenwende. Unsere „Arbeiter-Jugend“ geht am Sonntag nach Schwartau, um im Riesebusch ihren Lichtglauben nach ihrer Empfindung zu pflegen und einer besseren Zukunft entgegen zu sehen. Eine kurze und schlichte und darum eindrucksvolle Feier wird die Lübecker und Schwartauer Arbeiter-Jugend zusammenführen. Die Arbeiterkinder, die hiermit besonders eingeladen sind, werden Zeugen der Erhebung sein und andere Jugend begleiten. Denn die Jugendbewegung ist ein Glied der Arbeiterbewegung. Sie gehören zusammen. Die Sonnenwende hält Gen. Seidemann. Abmarsch abends 9 Uhr vom Gewerkschaftshaus. Auf nach Schwartau!

e-t. Die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft, Ortsgruppe Lübeck hatte am Dienstag eine öffentliche Postbeamtenversammlung veranstaltet. Als Referent war Reichstagsabgeordneter Ober-Postsekretär Hoffmann-Schwarzendorf erschienen. Er verstand es, in vornehmer, sachlicher Weise das Wirtschaftsprogramm, die Demokratisierung der Verwaltung und das Beamten- rätegesetz im Sinne der freien Beamtenbewegung herauszufallen. Die Ausführungen sind sicher auf fruchtbaren Boden gefallen, auch wenn als Gegner der freien Entwicklung ein „langjähriger Freigewerkschafter“ auftrat. Es zeugt nur immer noch von besonderer Leutseligkeit, wenn solche Leute sich noch Befürworter der freien Entwicklung nennen. Je nach dem Wind wird das Segel gestellt; einmal in der Agitationsversammlung für freiere Richtung und zum anderen als Bundesvorstands- mitglied des Deutschen Beamtenbundes für Rücksicht und zum dritten als Parlamentarier der Arbeitnehmer. Es geht doch nichts über ein buntes Kauderwelsch. Hoffentlich ziehen auch die Postbeamten aus Hoffmanns Ausführungen die richtigen Schlüsse.

um somit auch die freie Beamtenbewegung fördern und festigen zu helfen.

Badeanstalt Falkenhamm. Die Wassermärme betrug heute früh 11 Uhr 15 Grad, die Luftwärme 13 Grad.

Die rasende Teuerung.

50 000 Mt. für den Zentner Kartoffeln. — Rund 26 000 Mt. für ein Pfund Butter. — 2500 Mt. für ein Liter Milch. — Dreifache Miete. — Gewaltige Erhöhung für Feuerung.

Soweit sind wir glücklich mit der freien Wirtschaft und der niederträchtigen Profitjagd gekommen: nicht einmal mit dem gewöhnlichsten Volksnahrungsmittel, der Kartoffel, kann sich der Proletariat halbwegs sättigen. Brot kann er sich auch kaum mehr kaufen. Der satte Philister streicht sich den Bauch, greift in den Vorratskeller und faltet die Hände über das Glend, das uns die „Republik“ beschert. Denn die ist doch an allem schuld. Er, der Bürger und Bauer, schaut dem unter der Decke schwälenden Brand zu und betet zum Herrgott, daß der Dollar weiter tanze und seine Devisen geschliffen werden.

Wie unter der glorreichen Regierung Wilhelms stehen heute die armen Teufel vor den Krämerläden und warten stundenlang auf ein paar Pfund Kartoffeln, denn mehr werden nicht abgegeben. Wohin die so überreichlich geerntete Landesfrucht gekommen ist, darüber schweigt sich die interessierte Gesellschaft aus. Schmächtig verraten hat sie das Volksganze, auf das gemeinste läßt sie hungern die Kinder und verzweifelnde Frauen im Stich. Wenn im Herbst das Geld fehlte zum Einkauf für den Jahresbedarf oder wer nicht den genügenden Raum zur Aufbewahrung hatte, der muß heute unerhörte Wucherpreise bezahlen, soweit er dazu imstande ist, oder er kann verhungern.

Es scheint, daß es gewisse Kreise darauf abgesehen haben, das Volk durch die Steigerung des grenzenlosen Glends zu zermürben und, wenn es keinen Ausweg mehr kennt, schließlich noch niederzuschlagen. Dann kann die unumschränkte Macht der Gewaltmenschen wieder einsetzen, die Volksunterdrücker wieder triumphieren.

Die Kartoffelnot wird aus fast allen Städten Deutschlands gemeldet. Selbst in Mecklenburg ist kaum noch eine Kartoffel mehr zu bekommen. In Preußen hat das Landespolizeiamt alle ihm unterstellten Organe in Stadt und Land angewiesen, Nachforschungen anzustellen, um zurückgehaltene Kartoffeln zu beschlagnahmen, zumal noch vor wenigen Wochen in landwirtschaftlichen Kreisen eine Konferenz darüber abgehalten wurde, wie man die ungeheuren Kartoffelmengen aus der letzten Ernte unterbringen solle. Der „Vorwärts“ stellt die Vermutung auf, daß es sich in den Großstädten um ein stillschweigend vorgenommenes geschäftliches Manö- ver handelt, lediglich zu dem Zwecke, die ausgesetzene Verbraucher- schaft zu nötigen, die zu Wucherpreisen feilgebotenen „neuen“ Kar- toffeln zu kaufen, die sonst nicht an den Mann zu bringen gewe- sen wären.

Mag dem sein wie ihm wolle. Der Kartoffelmangel ist eine Schande der Landwirtschaft und des Großhandels und zeigt, daß auf alle Versprechungen, die Lebensnotwendigkeiten meistern zu helfen, nichts zu geben ist. Aber eine andere Frage ist noch zu lösen: Soll denn die Preissteigerung der vorhandenen paar Kartoffeln jeden Tag nach Herzenslust so weiter gehen? Gibt es kein Mittel, hier energisch und sofort Einhalt zu gebieten? Auf 10 Pfund Kartoffeln gehen etwa 80 Stück, also kommt eine Kartoffel heute auf etwa 60 Mark zu stehen. Dann dürfen noch nicht einmal schlechte dabei sein. Und trotz dieser Schandpreise ist die Kartoffel ein Zufluchtsort geworden. Wie lange sehen die maßgebenden Stellen diesem unhaltbaren Zu- stand immer noch tatenlos zu? — In Berlin hat der Leiter der Wucherpolizei eine besondere Streife eingerichtet, die die Läger der Kartoffelgroßhandlungen einer Kontrolle unterzieht, um etwa zurückgehaltene Vorräte festzustellen. Ferner sind die Polizei- reviere angewiesen worden, darauf zu achten, daß etwa noch vor- handene kleinere Vorräte unbedingt zu alten Preisen verkauft und nicht plötzlich als „Auslandskartoffeln“ feilgeboten werden.

Die Milch.

Die Hamburger Notierungskommissionen haben wieder tüchtig gearbeitet. Sie setzten den Butterpreis auf 25 600 Mt., den Milchpreis auf 2800 Mt. fest. Die Auswirkung auf Lübeck macht sich in einem Milchpreis von 2500 Mt. geltend. Da die Löhne in dem haarsträubendsten Mißverhältnis zu diesen Preissteigerun- gen stehen, wird auch der letzte Tropfen Milch vom kärglichen Tisch des schaffenden Volkes verschwinden.

Die Miete.

Im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht der Senat auf Grund des Reichsmietengesetzes die neuen Mietezuschläge, die ab 1. Juli im libeckischen Staatsgebiet in Kraft treten. Danach werden erhöht: die Verwaltungskosten von 550 Proz. auf 1050 Proz.; Zuschlag für laufende In- standsetzungsarbeiten von 10 000 auf 30 000 Proz., der Zuschlag für nicht zu Wohnzwecken vermietete Räume erhöht sich auf 300 bis 3000 Proz. Bei wirtschaftlich schwachen Betrieben betrug dieser Zuschlag bisher nicht mehr als 200 Proz. und bei Be- trieben, die nicht der Gewerbesteuer unterliegen, nicht mehr als 1000 Proz. der Grundmiete. Diese beiden Sätze werden nun auch erhöht und zwar auf 300 bzw. 1500 Proz. als Höchstzuschlag. Der Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten wird von 2500 Proz. auf 10 000 Proz. erhöht. — Die Erhöhungen ent- sprechen etwa dem dreifachen Betrag der bisherigen Miete.

Die Feuerung.

Um das Maß ganz voll zu machen, wird auch die Herstellung des kümmerlichen Essens noch durch eine enorme Preisstei- gerung für Brennstoffe erschwert. Hier zeigt sich die Teuerung in besonders trauriger Art. Die auf dem Brennstoffmarkt eingetretene 18 000—35 000fache Verteuerung ist überhaupt nicht vorzumachen.

Senat und Divisionsappell.

Auf eine Eingabe des Landestriegerverbandes Lübeck hat der Senat folgendes erwidert: „Auf die Eingabe vom 29. Mai erwidere ich im Auftrage des Senates ergebenst, daß der Senat, so sehr er natürlich auch die Störung des Divisionstages der 46. Reserve-Infanterie-Division am 27. Mai bedauert, doch dem Polizeiamt eine Schuld an den Vorkommnissen nicht zumessen kann. Das Polizeiamt war, nachdem die SPD. und die KPD. für den gleichen Tag Demonstrationen angekündigt hatten, nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage, diese zu untersagen. Nach den mit diesen Organisationen getroffenen Vereinbarungen und den von ihnen gegebenen Zusicherungen durfte das Polizeiamt davon ausgehen, daß die Demonstrationen sich ohne Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ord- nung und insbesondere ohne Störung der Ver- anstaltung der 46. Reserve-Infanterie-Division auf dem Burg- felde statt abwickeln würden. Lediglich dadurch, daß der Demon- strationszug der KPD. sich entgegen der gegebenen Zusicherung bereits auf dem Burgfelde anstatt bei den Sandbergs-Tannen aufstellte, ist die Störung der Veranstaltung herbeigeführt worden. Hiernach sieht der Senat zu weiteren Verfügungen in der frag- lichen Angelegenheit keine Veranlassung. Auch künftig wird das Polizeiamt bei derartigen Veranlassungen nach pflichtgemäßem Ermessen dafür Sorge fragen, daß die öffentliche Ruhe und Ord- nung aufrecht erhalten bleibt.“

Die Lübecker Teuerungszahl

für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung ist infolge der rapide fortschreitender Geldentwertung in der letzten Woche gewaltig in die Höhe gegangen. Sie betrug nach den Berechnun- gen des Statistischen Landesamtes am 20. Juni 888 263 Mark und die Lebenshaltungsziffer (1913/14 = 1 gelehrt) stellt sich auf 11 032 gegen 7835 in der Vorwoche. Das ist eine Steigerung von 40,8 Prozent in einer Woche. Die Ernährungslohn stiegen von dem 5012fachen des Vormonatsdurchschnitts auf das 14 427fache oder um 187,8 Prozent, die Brennstoffe von dem 6102fachen auf das 12 021fache oder um 97,0 Prozent, die Beleuchtungskosten von dem 4422fachen auf das 10 735fache oder um 142,8 Prozent und die gesamten Lebenshaltungskosten um 7018 Punkte oder um 174,9 Prozent.

Welches Glend in diesen Zahlen ausgedrückt ist, läßt sich gar nicht ermessen!

Die neuen Bezüge der Eisenbahner Lübecks.

Die Stundenlöhne betragen ab 15. Juni:

Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Lohn	4800	4680	4560	4440	4363	4220	4272
Ortslohnzulage	720	702	684	676	655,20	649	642,80
Summe	5520	5382	5244	5106	5023,20	4869	4914,80

Die Frauen (Lohngruppe VIII) erhalten 70 % der Lohn- gruppe VII.

Die Not der Zeitungen.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat auf seiner Haupt- versammlung zu Breslau einstimmig beschlossen, die Zeitungsver- leger heute von der unumgänglichen Notwendigkeit außerordent- licher Bezugspreiserhöhungen am 1. Juli in Kenntnis zu setzen. Die letzten Preiserhöhungen für das Zeitungspapier sind so- weit über die phantastischen Befürchtungen hinausgegangen, daß in den Juni-Bezugspreisen die ungeheure Mehrbelastung der Zeitun- gen nur zu einem geringen Bruchteil wettgemacht werden konnte. Da die Preisbildung des Papiers infolge der Wucherpreise und der Marktentwertung mit weiteren entsprechenden Papier- preissteigerungen gerechnet werden. Dazu kommen die allgemei- nen fürmlichen Preissteigerungen aller anderen Kosten der Tages- zeitungen, vor allem des Nachrichtenwesens. Im Ausland haben sich die Zeitungsverleger an das Vielfache der jetzt in Deutschland gel- tenden Bezugspreise längst gewöhnen müssen. Die deutschen Zeit- ungen und ihre Leistungen für die Volksgemeinschaft können nur erhalten werden bei Bezugspreisen, die einigermaßen den alle be- kannten Teuerungsziffern weit überschreitenden Mehrkosten der Zeitungen gerecht werden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein, Ortsgruppe Moisling. Am Sonnabend, 23. Juni, abends 8 Uhr: Mitgliederversam- lung. Redner: Genosse F. Mählein, Lübeck. Das Erscheinen der Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

„Arbeiter-Jugend“ und Jungsozialisten S. P. D. Abmarsch zur Sonnenwende im Riesebusch Sonnabend 9 Uhr abends vom Gewerkschaftshaus. Musikinstrumente mitbringen. Treffpunkt für Möllnjahrer: Sonntag mittag 1 Uhr am Bahnhof.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Unsere „Arbeiter-Jugend“ veran- staltet am Sonnabend gemeinsam mit dem Lübecker Bruderver- ein im Riesebusch eine Sonnenwende. Wir ersuchen unsere Jugend- und Parteigenossen, sich recht zahlreich daran zu betei- ligen. Treffpunkt mit der Lübecker „Arbeiter-Jugend“ abends 9 1/2 Uhr am Waldschloßchen.

Lauenburg (Elbe). Aussperrung auf der Hülzer- Werft. Der Streik der Angestellten und Werkmeister bei der Firma G. Hülzer, Schiffswerft und Maschinenfabrik, Lauenburg an der Elbe, ist in ein neues Stadium eingetreten dadurch, daß die Firma die ganze Belegschaft am Montag früh aus- sperrte. Sie tat dieses, trotzdem die Werkmeister am Sonntag beschlossen hatten, um diese Schädigung von der Belegschaft fernzu- halten, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Aus dem Verhalten der Firma geht klar hervor, daß sie gar nicht die Absicht hatte, die seit Monaten mit den Angestellten bestehenden Gehalts- differenzen zu beheben, sondern der gesamten Arbeitnehmerschaft ihren Willen zu diktieren.

Hamburg. Reichswehrdurchmarsch. Das bürgerliche Korrespondenzbureau „Hansa“ veröffentlichte eine (mit besonderer Ironie auch von den „Lübeckischen Anzeigen“ veröffentlichte) Dar- stellung der Vorgänge bei dem kürzlich stattgefundenen Durchmarsch einer Reichswehr-Artillerieabteilung aus Fischeo durch Hamburg. Danach soll der hamburgische Polizeihauptmann, der die Truppe durch Hamburg führte, seinen Auftrag damit begründet haben, die Polizeibehörde wünsche nicht, daß der Durchmarsch der Reichswehr dem Reichsparteien Gelegenheit zu politischer Propaganda gebe. Diese Bemerkung hat sich das Bureau „Hansa“ aus den Fingern gelogen. Von der Staatlichen Pressestelle wird mitgeteilt, daß der

Die Reinigung des Blutes

ist für jedermann ein bringendes Gebot. Wir raten Ihnen, 30 Gramm Herber-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1-2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstraße 10.

